

III. Jahrgang
Zürich, Juli/August 2017

**Beiträge
zu Religion
und
Sozialismus**

Neue Wege

Beilage:

**100 Jahre Wipkinger
Glockenstreik**

Arbeit am Frieden

Kurt Seifert
**Ehepaar Ragaz: Kampf
den Dämonen der Gewalt**

Neue Wege-Gespräch mit
drei Friedensaktivistinnen
**«Eine andere Welt ist
möglich!»**

Annemarie Sancar
**Kritik an der Management-
logik der Friedensförderung**

Fatima Moumouni
Requiem für eine Aktivistin

**7/8
2017**

Der soziale Alltag im Fokus

Feministische Perspektiven auf die Managementlogik der Friedensförderung

In der Friedensbewegung hat das Anerkennen genderspezifischer Gewalt neoliberale Verschiebungen mit sich gebracht. Sie fördern eine Friedensökonomie statt dass sie Praxisformen sowie individuelle Erfahrungen anerkennen und Carearbeit in den Mittelpunkt stellen.

Die Friedensbewegung als solche, wie ich sie aus den 1980er und 1990er Jahren kenne, ist aus dem Blickfeld verschwunden. Heute ist die Rede von Friedensarbeit, Friedenspolitik oder Friedensförderung. Sie alle stehen für Frieden als Vision, dennoch folgen sie jeweils einer anderen Logik. Die Abgrenzungen sind vordergründig unscharf, jedoch sind bei genauem Hinsehen grundlegende Unterschiede in Bezug auf deren Wirkungsmacht festzustellen. Das Er- und Anerkennen dieser Differenzen ermöglicht es, Handlungsansätze einer kritischen Friedensarbeit zu entwickeln.

Unterschiede gibt es beispielsweise bei den Methoden und Instrumenten, den verfügbaren Ressourcen ebenso wie bei den AkteurInnen und deren Möglichkeiten und Interessen: «Stille Diplomatie» ist etwas anderes als Quartierversammlungen, internationale Friedenstruppen unterscheiden sich von DorfmediatorInnen, UNO-Versammlungen stehen im Gegensatz zu Suppenküchen. In jedem dieser Kontexte gibt es andere Konstellationen der Friedenspraxisformen, bedingt durch globale und regionale Machtverhältnisse sowie Strategien. Oder anders ausgedrückt: durch den ökonomischen «Nutzen» des Konfliktes. Der «Erfolg» von Friedensbemühungen steht nämlich nicht zwingend im Zusammenhang mit ver-

besserten Alltagserfahrungen und den Menschen, die das Recht auf die Grundrechte haben: Wenn im politischen Diskurs über betroffene Frauen, weibliche Delegationsmitglieder oder engagierte Soldatinnen und genderbewusste Soldaten der Friedenstruppen geredet wird oder wenn die UNO die Nulltoleranz für Gewalt gegen Frauen verlautbaren lässt, sagt dies nichts darüber aus, ob Bemühungen zur Überwindung geschlechterspezifischer Ungleichheiten im Alltag der Menschen greifen oder ob der Wiederaufbau auf Basis der Grundrechte für eine gute soziale Infrastruktur tatsächlich funktioniert. Was ist demnach ein erfolgreicher Friedensprozess, und wie lässt sich dieser messen? Wer definiert die Kriterien, und was bedeuten sie?

Managementlogik für Friedensarbeit

Für die friedensbewegten Frauen(-organisationen) war der Krieg im ehemaligen Jugoslawien ein Schlüsselmoment. Bereits war bekannt, dass Vergewaltigung im Krieg systematisch als Waffe zum Einsatz kommt. Die Anerkennung dieser Tatsache durch die Staatengemeinschaft löste dann aber doch eine gewaltige Welle der Entrüstung aus und brachte Bewegung in die Organisationen. Die UNO hatte ab dem Jahr 2000 mit der Agenda *Women-Peace-Security* WPS ihre Mitgliedstaaten

in die Pflicht genommen, entsprechend etwas zu unternehmen. Das gab auch den Frauenorganisationen Aufschwung: Plötzlich eröffneten sich neue Kanäle für Aktionen, welche die grosse politische Anerkennung ihres Engagements widerspiegeln, wie auch für Gelder, die dafür zur Verfügung gestellt wurden.

Durch Fonds der UNO und von Staaten des globalen Nordens wurde den Friedensorganisationen ermöglicht, sich zu spezialisieren, Fachleute anzustellen, ihre Dienstleistungen zu professionalisieren – immer mit dem Ziel, Frauen in und nach bewaffneten Konflikten zu stärken und Bedingungen zu schaffen, welche deren Wirkungsmacht

Frauenorganisationen standen unter Druck, ihr Genderverständnis der neoliberal festgelegten Managementlogik zu unterwerfen und strukturelle Ursachen geschlechtsspezifischer Gewalt in messbare Kategorien zu zwängen.

vergrössern sollte. Die «Geberländer» wie die Schweiz motivierten und unterstützten viele Länder des Südens bei der Erarbeitung eigener nationaler Aktionspläne zur Umsetzung der WPS-Agenda. Sie finanzierten internationale Expertinnen, Projekte, Konferenzen. Für die Frauenorganisationen öffneten sich zwar neue Handlungsspielräume, gleichzeitig standen sie aber unter Druck, ihr Genderverständnis der neoliberal festgelegten Managementlogik zu unterwerfen und strukturelle Ursachen geschlechtsspezifischer Gewalt im Allgemeinen und speziell in bewaffneten Konflikten in messbare Kategorien zu zwängen. Erst so konnten Erfolge quantitativ gemessen und ausgewiesen werden. Nicht-messbares wie etwa die Frage nach dem gleichberechtigten Zugang zu einem guten Gesundheitswesen blieb dabei aussen vor.

Die Frauenorganisationen hatten sich bereits dermassen spezialisiert, dass sie die makroökonomische Übersicht verloren – mit dem ungunstigen Nebeneffekt,

dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus dem Blickfeld gerieten. Und auch wenn sich *Gender Mainstreaming*, also die langfristige Strategie zur Förderung der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern, bereits in vielen institutionellen Abläufen etabliert hat und als Erfolg gelten mag, geschah dies allerdings auf Kosten einer differenzierten Analyse der Geschlechterverhältnisse, der strukturellen Voraussetzungen und ungleichen Machtverhältnisse.

Nach gut fünfzehn Jahren WPS versickern die Geldmittel allmählich. Einige NGOs konnten und können dank Fachwissen, guten Beziehungen und kluger Taktik neue Geldquellen erschliessen. Für viele kleinere, oft lokale Organisationen ist es aber eng geworden. Was also ist geblieben? Was hat Gender Mainstreaming in Friedensprozessen bewirkt? Ist der Alltag für die Frauen sicherer geworden?

Der enge Blick der Agenda WPS

In der Friedensförderung sind Sicherheit und Wachstum zentrale Leitlinien. Es geht um die Stärkung der Sicherheitskräfte, um technische Aufrüstung von sogenannten Präventionsstrategien, um den Aufbau einer markttauglichen Nachkriegswirtschaft. Für viele Frauen sind dadurch neue Möglichkeiten entstanden: Vermehrte Beteiligung in der Politik, Zugang zu Bildung und Arbeit oder Integration in die Sicherheitskräfte. Der Alltag aber zeigt ein anderes Bild, wenn Sicherheit aus einer sozialen und nicht militaristischen Optik beleuchtet wird: Gewalt gegen Frauen ist nicht zurückgegangen, sondern hat sich in den häuslichen Bereich verschoben; Arbeit gibt es, der Zugang bleibt für Frauen ohne Ausbildung schwierig, oder Ausbeutung ist die Regel, denn in der Nachkriegsökonomie braucht es billige, flexible Arbeitskräfte. Kurz: Zu viele Unsicherheitsfaktoren prägen nach wie vor den Alltag von Frauen, auch zehn oder zwanzig Jahre nach einem Friedensschluss.

Das Konzept der Friedensförderung geht von einem militärischen Sicherheitsbegriff aus, die patriarchalische Logik bleibt unangetastet. Trotz aufschlussreicher Daten aus feministischen Studien kommt beispielsweise Carearbeit in Projekten der Friedensförderung nicht vor. Gegenstand von Verhandlungen sind politische Positionen, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Investitionskredite für Strassen, Energie, Sicherheit – nicht aber soziale Infrastruktur. Geschlechtergerecht kann eine Friedensarbeit aber nur dann sein, wenn sie Gesundheit, soziale Sicherheit, Bildung und gute Arbeitsbedingungen zu friedenspolitischen Prioritäten erhebt.

Gender Mainstreaming mag zwar kleine Verbesserungen für einzelne gebracht haben, Transformationen im Sinne einer feministischen Kritik des globalen Wirtschaftssystems gibt es aber nicht. Zwar entstand viel Genderexpertise, aber das Wissen wurde produktförmig und markttauglich gemacht. Das hat vielerorts zu einer wahren Ökonomisierung der Geschlechterfrage geführt. Eine feministische Kritik muss genau da ansetzen: Phänomene des kleinen Fortschritts mit den grossen globalen Ausbeutungsmechanismen und genderspezifischen Diskriminierungen wieder zu verknüpfen. Mit einem careökonomischen Ansatz wäre dies möglich, weil damit Friedensarbeit wirtschaftlich entschlüsselt werden kann. Die Schwierigkeit besteht nämlich auch darin, dass sich die feministische Politik in anderen Politikfeldern weiterentwickelt und sich von der Friedensarbeit wegbewegt hat. Der Fokus auf Care könnte hier Verbindungen schaffen.

Im Zentrum steht «Arbeit»

Zu Beginn des Textes war die Rede von der Ausdifferenzierung der Friedensarbeit: Am einen Ende des Spektrums befinden sich Tätigkeiten, die sich wie gezeigt in Form von Leistungen, Produkten oder Wissen marktförmig organisieren lassen. Auf der andern Seite ist Friedens-

arbeit aber auch Lernprozess, Debattierklub, soziales Forum und zeitintensive Arbeit, deren Wirkung sich schlecht mit Instrumenten der Wirtschaft messen lässt. Solche Friedensarbeit wird kaum bezahlt, weil sie ohne «Marktwert» ist. Sie baut auf Freiwilligenarbeit und politischer Überzeugung auf, so dass Friedensförderung, die durch soziale Praxis

Ausgerechnet Geschlechterkategorien werden stereotyp genutzt, mit dem unhinterfragten Bild der leidtragenden Frauen, gefangen im beherrschenden Patriarchatsgefüge. In dieser Logik bleibt die gesellschaftliche Bedeutung der Carearbeit im Dunkeln.

im Alltag geschieht, in der Friedensökonomie keinen Platz findet. Durch diese «Auslagerung» entstehen aber auch neue Spielräume, in denen die herrschenden Diskurse der professionellen Friedensförderung unterwandert und den alles bestimmenden Dichotomien Alternativen entgegengehalten werden können. Gemeint sind die bipolaren Konzepte wie Nord vs. Süd, fragile vs. stabile Staaten, Kriegsparteien vs. Vermittelnde, unerlaubter vs. erlaubter Waffeneinsatz oder weibliche Opfer vs. männliche Täter. Ausgerechnet Geschlechterkategorien werden stereotyp genutzt, mit dem unhinterfragten Bild der leidtragenden Frauen, gefangen im beherrschenden Patriarchatsgefüge. In dieser Logik bleibt die gesellschaftliche Bedeutung der Carearbeit im Dunkeln. Sie erfährt keine Wertschätzung. Daher sind auch bei Wiederaufbauprogrammen Budgets zur Verbesserung der Carearbeitsbedingungen selten. Eine feministische Perspektive aber umfasst immer die wirtschaftliche, politische und soziale Bedeutung der unbezahlten Sorgearbeit. Bei dieser Schnittstelle, wo die Wertungleichheit von Arbeit definiert wird, kann auch die feministische Friedenspolitik ansetzen. ●

*Annemarie Sancar, *1957, Dr. phil Sozialanthropologin, Vorstandsmitglied WIDE Switzerland, Mitglied der Kommission «Gender-Gerechtigkeit» der Grünen Partei Schweiz. Sie war Genderbeauftragte bei der DEZA und bei swisspeace sowie Stadträtin für das Grüne Bündnis Bern.*

annemarie.sancar@bluewin.ch